

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Mechttersheimer und der Fraktion
DIE GRÜNEN**
— Drucksache 11/6638 —

**Belastungen und Gefährdungen durch Flugbewegungen
auf dem Hubschrauberlandeplatz Illesheim**

Vorbemerkung

Die in der vorliegenden Kleinen Anfrage gestellten 29 Fragen waren mit Ausnahme der nachstehend beantworteten bereits Gegenstand der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Frau Schilling und der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/6332). Um Wiederholungen zu vermeiden, wird insoweit auf die Antwort der Bundesregierung vom 25. Mai 1990 verwiesen.

3. Wie viele Flugbewegungen gingen aufgeschlüsselt nach 1988 und 1989 vom Illesheimer Heliport aus?

1988 fanden 32 486,
1989 65 542 Flugbewegungen statt.

Die anders lautende Antwort auf die Frage 40 für das Jahr 1988 in der Drucksache 11/7240 beruht auf einem Übermittlungsfehler bei den amerikanischen Streitkräften.

4. Wie viele Flugstunden haben die in Illesheim stationierten Hubschrauber aufgeschlüsselt nach 1988 und 1989 absolviert?

1988 wurden 5 314,
1989 12 413 Flugstunden durchgeführt.

Die anders lautende Antwort auf die Frage 41 für das Jahr 1988 in der Drucksache 11/7240 beruht auf einem Übermittlungsfehler bei den amerikanischen Streitkräften.

9. Hält es die Bundesregierung für rechtlich zulässig, daß Niedrigstflüge von Militärhubschraubern innerhalb von Ortschaften durchgeführt werden?

Nein.

12. Wieviel Treibstoff wurde aufgeschlüsselt nach 1988 und 1989 von den in Illesheim stationierten Hubschraubern verbraucht?

1988 476 000 Gallonen,
1989 848 000 Gallonen.

29. Wie viele Chemiebetriebe befinden sich innerhalb eines Abstandes von 5 km zu den für Katterbach und Illesheim festgelegten Flugrouten, und inwieweit wurden für diese Betriebe Katastrophenschutzpläne erstellt, die die Gefahr von Hubschrauberabstürzen berücksichtigen?

In Ansbach befinden sich vier Betriebe, die chemische Produkte herstellen. Im Abstand von bis zu fünf km zu den Flugrouten für Katterbach und Illesheim liegen mehrere Betriebe und Einrichtungen, die chemische Produkte lagern und verwenden.

Im Rahmen der grundgesetzlichen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern sind für den Katastrophenschutz die Länder zuständig. Ob und in welcher Weise Chemiebetriebe im einzelnen in den Katastrophenschutzplänen der Kommunal- oder Landesbehörden berücksichtigt werden, ist der Bundesregierung nicht bekannt.